

Wie habt Ihr nach dem Verbot der Partei weitergearbeitet?

Strauß hat in den 60er Jahren einmal sinngemäß gesagt, dass es ein Fehler gewesen sei, die Kommunisten zu verbieten, denn diese hätten sich während des Verbots stark in den Massen verankert, in der Gewerkschaft, im Betrieb, in Bürgerbewegungen, in der Friedensbewegung usw. Und damit hatte er recht.

Die Partei existierte. Es gab kleine Gruppen, nicht mehr als 5 Genossinnen und Genossen waren in einem Kollektiv, es gab Kreise mit Kreisleitungen und Bezirks-Leitungen, aber alles sehr klein und konspirativ. Der Inhalt der Gruppendiskussionen war neben politischen Fragen vor allem unsere Arbeit in den Bewegungen, in der Antinotstandsbewegung, in der Bewegung Kampf dem Atomtod, in den Ostermärschen usw.

Die besten Kumpels, die wir in den Bewegungen kennen lernten, nahmen wir auch in die Partei auf, aber erst nach langer Beobachtung und nach gutem Kennenlernen. Die Aufnahmen in die Partei waren immer sehr schön und sehr feierlich. Wir spielten eine Schallplatte, der Freischütz, und unsere Kumpels machten sehr lange Gesichter. Man konnte ihnen ansehen, dass sie diese Musik für absoluten Schwachsinn hielten. Aber dann wurde die Musik unterbrochen und Max Reimann hielt eine Rede. Der Freischütz war die Tarnung, falls die Platten einmal kontrolliert oder gefunden worden wären, nun der Freischütz war nicht verboten.

Später am Ende des Verbots, als sich die Entspannungspolitik langsam durchzusetzen begann, sind wir als kommunistische Persönlichkeiten mit Flugblättern in die Öffentlichkeit gegangen. Ich war damals Kreisvorsitzende der Partei in Pforzheim, ich habe etwa jeden Monat als

Frage 32

Kommunistin ein Flugblatt herausgegeben zu allen möglichen Themen. Diese habe ich an etwa 200 Adressen, die wir zusammengetragen hatten (das waren vor allem Betriebsräte, Vertrauensleute, Gewerkschafter, SPD-Leute, Leute aus der APO), verteilt, und den kleineren Teil haben wir in Briefkästen gesteckt.

In dieser Zeit wurde auch der Ausschuss für die Wiedezulassung der KPD geschaffen, der öffentliche Versammlungen durchgeführt hat. Die Kommunisten haben auch bei Wahlen kandidiert auf Bündnislisten. Am Anfang, zu Beginn des Verbots, wurden diese Kandidaturen vereitelt, die Genossen wurden z.T. deswegen verhaftet, aber später war das möglich.